

**epd vom 17.10.2014**

## **Vorbehalte gegen Einfrieren von Eizellen auf Firmenkosten**

Bielefeld/Paderborn (epd). Die Fortpflanzungsmedizin ermöglicht die zeitverschobene Schwangerschaft. Angebote von US-Unternehmen, ihren Mitarbeiterinnen das Einfrieren von Eizellen zu bezahlen, stoßen in Deutschland bei Sozialethikern und Politikern auf Kritik.

In Deutschland reagieren Gewerkschaften, Kirchen und Sozialethiker mit großer Skepsis auf neue Leistungen von US-Konzernen zur Familien- und Lebensplanung. Zuvor war bekanntgeworden, dass das soziale Netzwerk Facebook und der IT-Konzern Apple Mitarbeiterinnen die Kosten für das Einfrieren von Eizellen („Social Freezing“) bezahlen, um die Fruchtbarkeit zu konservieren.

Das sei ein ganz falsches Signal, sagte der evangelische Sozialethiker Peter Dabrock am Donnerstag dem Evangelischen Pressedienst (epd). Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte der Familienexperte Marcus Weinberg (CDU), dieses Angebot sei unmoralisch. Apple erstattet ab 2015 Medienberichten zufolge Mitarbeiterinnen in den USA 20.000 Dollar (15.800 Euro) für das Einfrieren und Lagern der Eizellen. Facebook hat demnach bereits begonnen, die Kosten dafür zu übernehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sei wichtiger als das künstliche Aufschieben eines Kinderwunsches, sagte Weinberg. Die Unternehmen verleiteten Frauen dazu, ihren Kinderwunsch hinauszuschieben, indem sie die Kosten für eine vermeintliche Lösung des Vereinbarkeitsproblems von Beruf und Familie übernehmen. Die Botschaft an die Mitarbeiterinnen sei, die Schwangerschaft auf später zu verschieben. „Das Später kann tatsächlich aber nur ein Vielleicht sein“, warnte der Unionspolitiker. Denn „Social Freezing“ sei keine Garantie für die Erfüllung eines späten Kinderwunsches.

Die Linken-Politikerin Cornelia Möhring bezeichnete die finanzielle Unterstützung für das Einfrieren von Eizellen „irre und abwegig“. Den Mitarbeiterinnen von Apple und Facebook empfehle sie, das Kleingedruckte zu lesen. „Unternehmen, die solche Vorschläge unterbreiten, anstatt in eine gute Vereinbarkeit zu investieren, wollen vielleicht die Eigentumsrechte am Kind gleich mit erwerben“, sagte Möhring der „tageszeitung“ (Freitagsausgabe).

Das Angebot der Unternehmen verspreche weiblichen Mitarbeitern zwischen 25 und 35 Jahren einen „Freiheitsgewinn“, sagte der Sozialethiker Dabrock, der auch stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Ethikrates ist. Faktisch führe dieses „durchsichtige Versprechen“ jedoch zu einer größeren Abhängigkeit von dem Unternehmen und damit einer Einschränkung von Freiheit. Zudem verberge sich hinter dem Angebot ein bedenklicher Jugendwahn.

Da wird ein falscher Anreiz gesetzt“, sagte der Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Gerhard Wegner, dem epd in Hannover. „Der Glaube an die umfassende Planung des Lebens führt in die Irre.“ Wegner nannte den Vorstoß „typisch amerikanisch“. Der Ausbau von Kindertagesstätten oder weitere Anstrengungen der Arbeitgeber für ein familienfreundliches Klima seien die bessere Alternative und der richtige Weg.

Die US-Konzerne böten ein „entlarvendes Verwirrstück im Bereich der Unternehmensethik“, sagte der Sprecher des Erzbistums Paderborn, Ägidius Engel, der „Neuen Westfälischen“ (Donnerstagsausgabe). Anstatt die Würde und den Wert der menschlichen Fortpflanzung vor dem Zugriff der Technik zu schützen, werde mit dem „neuen Sakrament Geld“ der Beginn des menschlichen Lebens den Eltern abgekauft.

Nach Ansicht der Frauenbeauftragten der Evangelischen Kirche von Westfalen, Diana Klöpper, dient das Einfrieren von Eizellen den wirtschaftlichen Interessen der Konzerne und nicht dem Interesse der Frauen.

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, sagte der „Süddeutschen Zeitung“ (Donnerstagsausgabe): „Geht's noch? Familienpolitik sieht für uns anders aus.“ Man brauche keine Unternehmen, die Mitarbeiterinnen die Entscheidung für oder gegen Kinder „schwermachen und vorgaukeln, sie könne auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden“

Zurückhaltender äußerte sich ein Sprecher der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände: „Die deutschen Arbeitgeber mischen sich nicht in die Familienplanung von Arbeitnehmern ein.“ Ein Kinderwunsch sei eine persönliche Entscheidung, auf die der Arbeitgeber keinen Einfluss nehme.